



Der Minister

Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie  
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

An den  
Vorsitzenden des  
Ausschusses für Wirtschaft, Energie  
und Landesplanung  
des Landtags Nordrhein-Westfalen  
Herrn Georg Fortmeier MdL  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
17. WAHLPERIODE

**VORLAGE**  
**17/2696**

A18

14. November 2019

Seite 1 von 2

Telefon: 0211 61772-0

**Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und  
Landesplanung am 18. November 2019**


Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

*lieber Herr Fortmeier,*

die Fraktion der AfD hat zur o.g. Sitzung um einen schriftlichen Bericht zum Thema „**Sündenfall Luftverkehrsteuer. Was unternimmt die Landesregierung zur Sicherung der Arbeitsplätze und zum Schutz der Luftverkehrswirtschaft in NRW**“ gebeten.

In der Anlage beigefügt erhalten Sie den Bericht, welcher Ihnen und den weiteren Mitgliedern des Ausschusses vereinbarungsgemäß ausschließlich elektronisch übermittelt wird.

Mit freundlichen Grüßen

  
Prof. Dr. Andreas Pinkwart

Dienstgebäude und Lieferanschrift:  
Berger Allee 25  
40213 Düsseldorf

Telefon 0211 61772-0  
Telefax 0211 61772-777  
poststelle@mwide.nrw.de  
www.wirtschaft.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:  
Straßenbahnlinien 706, 708,  
709 bis Haltestelle Poststraße

**„Sündenfall Luftverkehrsteuer. Was unternimmt die Landesregierung zur Sicherung der Arbeitsplätze und zum Schutz der Luftverkehrswirtschaft in NRW?“**

Die Bundesregierung hat den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Luftverkehrsteuergesetzes als eine Maßnahme zur Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 vorgelegt.

Der Gesetzentwurf sieht u.a. Folgendes vor:

- Die derzeit geltenden Steuersätze in § 11 Absatz 1 LuftVStG werden erhöht.
- Die Regelung zur Steueranmeldung in § 12 LuftVStG werden vereinheitlicht.
- Durch die Streichung des § 5 Nummer 5 LuftVStG und die Einfügung von neuen Regelungen in § 11 Absatz 3 LuftVStG sowie in § 19 Absatz 3 und Absatz 5 Luft-VStG werden Beihilfeentscheidungen der Kommission umgesetzt.

Aus Sicht der Landesregierung wird mit der geplanten Erhöhung der Luftverkehrsteuer die deutsche Luftverkehrswirtschaft im europäischen sowie im internationalen Wettbewerb benachteiligt und auch unter Klimaschutzgesichtspunkten wäre zumindest eine europaweite Umsetzung vorzuziehen.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat sich dafür ausgesprochen, dass die Steuer Mehreinnahmen aus der Luftverkehrssteuer für gezielte Investitionen in die Luftverkehrswirtschaft (moderne Flugzeuge, klimaschützende Maßnahmen) eingesetzt werden. Es ist notwendig, dass im Bereich Forschung und Entwicklung Fortschritte erzielt werden, um die tatsächliche CO<sub>2</sub>-Belastung in diesem Sektor weiter zu senken.

Das Gesetzgebungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Der Beschluss des Bundesrates vom 8. November 2019 zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes (I. Durchgang) ist als Anlage beigefügt.

08.11.19

## **Stellungnahme** des Bundesrates

---

### **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Luftverkehrssteuergesetzes**

Der Bundesrat hat in seiner 982. Sitzung am 8. November 2019 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

#### 1. Zum Gesetzentwurf allgemein

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll die Maßnahme 27 des Klimaschutzprogramms 2030 umgesetzt werden. Der Bundesrat weist darauf hin, dass über die finanziellen Auswirkungen der Maßnahmen des Klimapaketes keine Verhandlungen mit den Ländern und Gemeinden stattgefunden haben.

Nach dem Finanztableau des Gesetzentwurfs werden für den Bund erhebliche Mehreinnahmen prognostiziert, während Länder und Gemeinden ausschließlich finanzielle Mehrbelastungen tragen werden.

Für den Bundesrat stellen die Klimaschutzmaßnahmen ein Paket dar, aus dem nicht einzelne Maßnahmen isoliert betrachtet werden können, zumal Mehrsteuern für den Bund mit geringeren Steuereinnahmen von Ländern und Gemeinden korrespondieren können.

Der Bundesrat erwartet, dass die finanziellen Auswirkungen in einem einheitlichen Verfahren zwischen Bund und Ländern geklärt werden, bevor erste Gesetze verabschiedet werden.

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung daher, zeitnah in Gespräche über eine faire, sachgerechte und verhältnismäßige Verteilung der Mehr- und Mindereinnahmen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, die im Zusammenhang mit dem Klimaschutzprogramm 2030 zur Umsetzung des Klimaschutzplans 2050 stehen, zu treten.

## 2. Zum Gesetzentwurf allgemein

- a) Der Bundesrat begrüßt, dass die Bundesregierung Anreize schaffen will, um den Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen zu verringern und die Bürgerinnen und Bürger zu klimafreundlichem Handeln zu ermuntern. Umwelt- und Klimaschutz ist eine wichtige Aufgabe der Politik, um die Lebenschancen zukünftiger Generationen zu sichern.
- b) Der Bundesrat ist allerdings der Auffassung, dass ein globaler Wirtschaftsbereich wie der Luftverkehr auch eine globale Vereinbarung braucht.
- c) Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, sich für eine harmonisierte Besteuerung des Flugverkehrs innerhalb der Europäischen Union einzusetzen, um steuerinduzierte Wettbewerbsverzerrungen im europäischen Flugverkehr weitgehend auszuschließen.
- d) Die Luftverkehrsteuer soll zudem eine Lenkungswirkung mit Blick auf fossil betriebene Flüge entfalten. Um neue und nachhaltige Fluggeräte nicht einer unzulässigen Doppelbesteuerung auszusetzen, fordert der Bundesrat, diese von der Luftverkehrsteuer auszunehmen und § 5 des Luftverkehrsteuergesetzes um folgende zusätzliche Nummer 9 zu ergänzen:  
„9. Abflüge von Fluggästen in Fluggeräten, deren Betrieb keine fossilen Antriebsstoffe in Anspruch nehmen.“

3. Zum Gesetzentwurf allgemein

In der polyzentrischen Wirtschaftsstruktur der Bundesrepublik Deutschland erfüllen neben den Hub-Flughäfen auch die internationalen Verkehrsflughäfen ohne Hub-Funktion eine wichtige Verkehrsfunktion für die exportorientierte Wirtschaft der jeweiligen Metropolregionen. Die geplante Erhöhung der Luftverkehrssteuer führt insbesondere bei diesen Flughäfen, die in der Regel einen hohen Anteil an Flügen innerhalb der Distanzklasse I (bis 2 500 Kilometer) aufweisen, zu einer deutlichen Belastung.

Um diese Flughäfen zu stärken, bittet der Bundesrat die Bundesregierung, sich darum zu bemühen, mehr internationale Verkehrsrechte auch für die mittleren deutschen Luftverkehrsstandorte zu realisieren. Gerade die neuen und effizienten Flugzeugmodelle (A350, A320 LR) sind für eine Ausweitung von Direktverbindungen („Point-to-Point“) hervorragend geeignet und können so dazu beitragen, die Wirtschaftsräume zu stärken.